

07.02.2020

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Europa und Internationales**

zu dem Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5379 Neudruck

**25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!**

**Berichterstatter:** Abgeordneter Dietmar Brockes

## **Beschlussempfehlung:**

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/5379 Neudruck - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 07.02.2020/Ausgegeben: 10.02.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/5379 Neudruck - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 20. März 2019 an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

Laut Bericht der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden die ersten freien und demokratischen Wahlen in der Republik Südafrika im April 1994 als Geburtsstunde des neuen Südafrika gelten, das die Apartheid überwunden habe und als Regenbogen-Nation zum Symbol einer friedlichen Zukunft Afrikas werden wollte. Für die meisten Südafrikanerinnen und Südafrikaner wären diese ersten freien Wahlen vor 25 Jahren mit großen Erwartungen und Hoffnungen verbunden gewesen. Die Wahlbeteiligung hätte bei 87 Prozent gelegen.

Ein Jahr später unterzeichnete die nordrhein-westfälische Landesregierung das erste „Memorandum of Understanding“ mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga. Durch diese Partnerschaft wollte Nordrhein-Westfalen seine Solidarität mit dem neuen Südafrika zum Ausdruck bringen und die friedliche Transformation in ein liberales, demokratisches Gemeinwesen unterstützen.

Ein Blick auf die Entwicklung des Landes seit 1994 ergebe ein differenzierteres Bild. In der Gesamtbetrachtung sei Südafrika ein erfolgreicher Friedensprozess gelungen. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete der weiße Bürgerrechtler Denis Goldberg. Der politische Kampfgefährte Nelson Mandelas sei eng mit Nordrhein-Westfalen verbunden und wurde 2011 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Entscheidend habe dazu auch die „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ unter dem Vorsitz des Friedensnobelpreisträgers Erzbischof Desmond Tutu beigetragen, die von 1996 bis 1998 unter dem Motto „vergeben, aber nicht vergessen“ den Prozess der Aussöhnung und Wiedergutmachung vorangetrieben habe.

Bis heute scheine jedoch die Spaltung des Landes nicht wirklich überwunden zu sein. Soziale und wirtschaftliche Probleme, schlechte Regierungsführung und die in der Ära des Präsidenten Jacob Zuma (2009-2018) um sich greifende Korruption hätten das Land destabilisiert. Dem African National Congress (ANC) sei es zwar gelungen, die Armutquote zu senken und eine bessere Versorgung mit Wasser und Elektrizität sicherzustellen, doch diese Fortschritte seien wieder in Gefahr. Der Anteil der Armen stagniere auf einem hohen Niveau, die Arbeitslosigkeit sei hoch und betreffe weit überdurchschnittlich die schwarze Bevölkerung. Schwarze und „coloured“ seien beim Zugang zum Bildungssystem weiterhin benachteiligt. Insgesamt erscheine das Land in einer fragilen wirtschaftlichen und sozialen Situation. Nach wie vor gebe es ungleiche Lebenschancen für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Stabilität Südafrikas sei auch für die internationale Gemeinschaft von großem Interesse. Das Land habe auf dem afrikanischen Kontinent eine wichtige politische und wirtschaftliche Rolle inne. Es engagiere sich für die friedliche Beilegung

innerafrikanischer Konflikte und die Stärkung transnationaler afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union (AU) und der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (Southern African Development Community, SADC). In internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen sehe Südafrika sich als Vertreter der Interessen des Globalen Südens.

Vor diesem Hintergrund sei es heute wichtiger denn je, die Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und Südafrika für eine friedliche, demokratische und nachhaltige Entwicklung in Südafrika entschlossen zu unterstützen und die in Jahrzehnten gewachsenen freundschaftlichen Kontakte weiter auszubauen.

Nach fast 25 Jahren Zusammenarbeit mit Südafrika seien die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bande zwischen NRW und Südafrika immer enger und vielseitiger geworden. Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, Kirchengemeinden, Unternehmen, Kommunen und Bildungsinstitutionen pflegen Austausch und Kooperation.

Was mit der Partnerschaft Nordrhein-Westfalens mit der Provinz Mpumalanga begann, habe sich in dem 2015 aus dem Mpumalanga-Forum hervorgegangenen „Südafrika-Forum NRW“ zu einer breiten und vielfältigen, auf ganz Südafrika bezogenen Kooperation entwickelt. Mitglieder dieses Forums seien über 100 Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Das Forum werde durch die „Fachstelle Südafrika“ unterstützt.

Die Projekte, die gemeinsam durch Akteure aus NRW und Südafrika realisiert würden, trügen auch zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele bei – insbesondere zu den Zielen Bildung (SDG4), nachhaltige Produktion (SDG12), nachhaltige Landwirtschaft (SDG2 und 15), Beseitigung von Ungleichheiten (SDG 10) und internationale Partnerschaften (SDG17).

Auf dieser Basis müsse es vorangehen. Gerade jetzt würde Südafrika unsere besondere Unterstützung und Solidarität brauchen. Die Kooperation mit Südafrika sollte vor allem in den Bereichen Klimaschutz, erneuerbare Energien, gute Regierungsführung, soziale Anliegen wie Armutsbekämpfung und Gesundheitsförderung, Ökologie, Strukturwandel, nachhaltige Wirtschaftssysteme und Kultur verstärkt werden. Dies solle unser gemeinsamer Beitrag für eine friedliche, sozial-ökologische und menschenrechtsbasierte Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 sowohl in NRW als auch Südafrika sein.

Dabei komme es besonders auf die Jugend beider Länder an. Die sogenannte „Born Free Generation“ in Südafrika sei in Freiheit geboren. Sie wolle ein Leben in Freiheit, Vielfalt, Demokratie – und eine Zukunft, in der die Menschenrechte geachtet, soziale Gerechtigkeit ermöglicht und die natürlichen Ressourcen und das Klima geschützt werden. Auch den Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen seien diese Werte und Ziele wichtig. Freiwilligendienste und das Programm „Konkreter Friedensdienst“ würde diesen jungen Menschen ermöglichen, sich zu vernetzen und sich gemeinsam für ihre Zukunft zu engagieren.

Der Landtag würde es daher begrüßen, wenn der Landtagspräsident anlässlich 25 Jahren NRW-Südafrika-Freundschaft einen „Südafrika-Tag“ im Parlament veranstaltet, auf dem die bisher durchgeführten Projekte vorgestellt werden. Zudem sollten die Akteure, die seit Jahren in der Partnerschaft aktiv sind, die Möglichkeit erhalten, aus ihrer Perspektive über die Partnerschaft zu berichten. Auch Akteure aus Südafrika sollten dazu eingeladen werden.

Der Landtag möge daher beschließen:

- die bestehenden Aktivitäten und Projekte mit Südafrika zu bündeln und voranzutreiben. Dazu soll die Landesregierung gemeinsam mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, und Kommunen eine Südafrika-Strategie entwickeln und ein Konzept zu deren Umsetzung erarbeiten. Daran sollten z. B. mitarbeiten: das Südafrika-Forum, die Fachstelle Südafrika, Engagement Global NRW, die Handwerkskammer NRW, NRWalley (Regionalgruppe Startup-Verband) und IHK Mittlerer Niederrhein. Strategie und Konzept sollen darstellen, wie die wertvolle, über Jahre gewachsene Beziehung weiterentwickelt werden kann, um die globalen Nachhaltigkeitsziele partnerschaftlich umzusetzen. Die NRW-Südafrika-Partnerschaft soll weiterhin ein zentrales Element der Eine-Welt-Strategie des Landes sein.
- Begegnungs- und Reverse-Aktivitäten zu stärken, damit mehr Menschen aus Südafrika die Möglichkeit haben, in NRW gemeinsam mit NRW-Bürgerinnen und Bürgern in Projekten zu arbeiten. Junge Menschen sind dabei besonders in den Fokus zu nehmen. Zu prüfen sind auch Maßnahmen, wie die Gruppe der Senioren vermehrt teilnehmen kann.
- einen Überblick über Partnerschaften mit Städten zu erhalten und diese zu intensivieren, z. B. in Form von Schulpartnerschaften oder sog. kommunaler Klimapartnerschaften.
- die Landesregierung damit zu beauftragen, unter Einbezug der relevanten Akteure (u. a. DWNRW-Hubs, NRWalley) zu prüfen, ob ein Förderprogramm nach Vorbild von „Innovationscamp BW Silicon Valley“ im Interesse beider Länder ist und bei positivem Ergebnis ein entsprechendes Programm aufzulegen, das südafrikanischen Startups und jungen Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, das nordrhein-westfälische Startup-Ökosystem kennenzulernen und Netzwerke in NRW aufzubauen.
- den kulturellen Austausch zu verstärken. Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten soll ermöglicht werden, gemeinsame Kulturprojekte zu starten. Hierbei soll auch der Austausch im Bereich der Erinnerungs- und Versöhnungskultur gefördert werden.

## B Beratung und Abstimmung

In seiner Sitzung am 7. Juni 2019 hat der Ausschuss für Europa und Internationales eine öffentliche Anhörung zu diesem Antrag mit folgenden Sachverständigen durchgeführt:

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Südafrika Forum Gabriela Schmitt c/o Arbeit und Leben DGB/ VHS NW e.V. Düsseldorf	<b>Peter Reichenbach</b>	<b>17/1569</b>
Eine Welt Netz NRW e. V. Udo Schlüter Münster	<b>Monika Dülge</b>	<b>17/1568</b>
Fachstelle Südafrika Vera Dwors c/o Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW Dortmund	<b>Vera Dwors</b>	<b>17/1572</b>
Engagement Global Andreas Hennig Düsseldorf	<b>Andreas Hennig</b>	---
Dr. Ulrich Möller Evangelische Kirche von Westfalen Bielefeld	<b>Christina Biere</b>	<b>17/1573</b>
Tilmann Feltes Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Berlin	<b>Tilmann Feltes</b>	<b>17/1580</b>
Peter Meiwald Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V. Aachen	<b>Peter Meiwald</b>	<b>17/1571</b>

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Dr. Stephan Kaußen Kaußen Consulting Aachen	<b>Dr. Stephan Kaußen</b>	<b>17/1581</b>

Insgesamt wird die Anhörung mit dem Ausschussprotokoll **17/661** dokumentiert.

In seiner Sitzung am 7. Februar 2020 wurde der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/5379 Neudruck - abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dietmar Brockes  
Vorsitzender